

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Agrarausschuß**

28. Sitzung  
am Donnerstag, dem 8. Januar 1998, 10:00 Uhr,  
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

**Anwesende Abgeordnete**

Claus Hopp (CDU)

Vorsitzender

Dr. Ulf von Hielmcrone (SPD)

Helmut Plüschau (SPD)

Gerhard Poppendiecker (SPD)

Sabine Schröder (SPD)

Friedrich-Carl Wodarz (SPD)

Claus Ehlers (CDU)

Peter Jensen-Nissen (CDU)

Herlich Marie Todsén (CDU)

in Vertretung von Hans Siebke

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Christel Happach-Kasan (F.D.P.)

Peter Gerckens (SSW)

**Weitere Anwesende**

<b>Tagesordnung:</b>		<b>Seite</b>
<b>1.</b>	<b>Entschließung zur Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein</b>	<b>4</b>
	Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 14/346	
	Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 147359 (neu)	
	Änderungsantrag der Fraktionen der F.D.P. Drucksache 14/367	
	hierzu: Umdrucke 14/1404, 14/1484	
	(überwiesen am 20. November 1996; Fortsetzung der Beratung vom 6. März 1997)	
<b>2.</b>	<b>Bericht des MLR über die Empfehlungen der Arbeitsgruppe Unternehmensberatung zu der Neuausrichtung der landwirtschaftlichen Unternehmensberatung in Schleswig- Holstein</b>	<b>6</b>
	hierzu: Umdrucke 14/1429, 14/1497	
<b>3.</b>	<b>Information/Kenntnisnahme</b>	<b>9</b>
<b>4.</b>	<b>Verschiedenes</b>	<b>9</b>

Der Vorsitzende, Abg. Claus Hopp, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

### **EntschlieÙung zur Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 14/346

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 147359 (neu)

Änderungsantrag der Fraktionen der F.D.P.  
Drucksache 14/367

hierzu: Umdrucke 14/1404, 14/1484

(überwiesen am 20. November 1996; Fortsetzung der Beratung vom 6. März 1997)

Abg. Jensen-Nissen trägt zunächst die Gründe für die Einbringung des CDU-Antrages vor. Der Antrag sei Ausfluß der Finanzierungsdiskussion um die Kammer, die im vergangenen Jahr geführt worden sei. Wenn es inzwischen auch einschlägige Beschlüsse als Ergebnis der Funktionalreform gebe, hielten die Antragsteller ihren Antrag dennoch aufrecht, weil sie für alle im Antrag aufgezählten Punkte - mit Ausnahme vielleicht des Punktes 5 - nach wie vor eine gewisse Aktualität sähen.

Was es mit der von den Mehrheitsfraktionen zum Sitzungsbeginn vorgelegten Änderungsformulierung in Umdruck 14/1484 auf sich habe, müsse zunächst noch ausdiskutiert werden. Für seine Fraktion gehe es einerseits darum, eine ausreichende Finanzierung für das Weiterbestehen der Kammer zu garantieren und andererseits die Beibehaltung der Trägerschaft der Schulen für die Kammer zu sichern, auch wenn es die Absicht der Landesregierung sei, wie es die Kabinettsentscheidung vermuten lasse, hier eine andere Regelung zu finden.

Abg. Dr. Happach-Kasan erklärt, den Änderungsantrag ihrer Fraktion aufrechterhalten zu wollen; denn auch die F.D.P. empfinde die Einheit von Schule und Beratung als ein weiterhin zu befürwortendes Modell.

Abg. Ehlers möchte den Punkt 5 des CDU-Antrages folgendermaßen präzisiert wissen:

Fünf Landwirtschaftsschulen und zwei Kooperationsschulen müssen **in der Trägerschaft der Landwirtschaftskammer** erhalten bleiben.

Abg. Sabine Schröder begründet den mit Umdruck 14/1484 eingebrachten neuen Änderungsvorschlag der Mehrheitsfraktionen dahin, daß der im ursprünglichen Änderungsantrag vorgesehene Passus zur Schule durch Kabinettsbeschluß inzwischen obsolet geworden sei. Die Mehrheitsfraktionen folgten diesem Kabinettsbeschluß.

Abg. Matthiessen begrüßt die Aussage zum ökologischen Landbau in der Nummer 3 des Umdrucks 14/1484.

Im Mittelpunkt der sich anschließenden Diskussion, in der auch die Vertreter der Landwirtschaftskammer zu Wort kommen, stehen die Meinungen über die Zukunft der landwirtschaftlichen Schulen sowie die Folgen der geplanten Trennung von Schule und Beratung. Ein weiteres Thema ist die Einbindung des ökologischen Landbaus, wie sie in der Nummer 3 des Änderungsantrages auf Umdruck 14/1484 vorgesehen ist. Auch die Zukunft der Landfrauenschule in Hademarschen wird hinterfragt.

Nach Abschluß der Diskussion werden folgende Beschlüsse gefaßt:

Mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der F.D.P. wird der Antrag der CDU-Fraktion, Drucksache 14/346, zur Ablehnung empfohlen. Ebenfalls zur Ablehnung empfohlen wird der Antrag der Fraktion der F.D.P., Drucksache 14/367, mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei zwei Gegenstimmen der Abg. Dr. Happach-Kasan und des Abg. Hopp sowie bei Enthaltung von drei Stimmen aus der CDU und des Abg. Plüschau. Angenommen wird der neue Änderungsantrag der Mehrheitsfraktion aus Umdruck 14/1484 mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und F.D.P.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Bericht des MLR über die Empfehlungen der Arbeitsgruppe  
Unternehmensberatung zu der Neuausrichtung der landwirtschaftlichen  
Unternehmensberatung in Schleswig-Holstein**

hierzu: Umdrucke 14/1429, 14/1497  
1997 der Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein  
und Firmenprospekt der Unternehmensberatung Koch,  
Partner

Jahresbericht  
Schreiben  
Moll &

Eingangs trägt MDgt Hans-Joachim Pieper den Entstehungsprozeß des mit Umdruck 14/1429 vorgelegten sogenannten "Roeloffs-Papiers" vor. Mit Hinweis auf Umdruck 14/1497 benennt er zunächst die einzelnen Beratungsorganisationen im Lande. Den größten Umfang hätten die Beratungsringe mit etwa 100 Personen. Die Finanzierung der einzelnen Beratungsunternehmen sei dem Umdruck 14/1497 zu entnehmen.

Im Rahmen der Erarbeitung des Konzeptes 2000 der Landwirtschaftskammer, so fährt MDgt Pieper fort, habe sich die Kammer auch intensiv mit den Beratungswesen beschäftigt. Aus der Sicht des MLR sei es aber leider nicht gelungen, nachhaltig konkrete Beratungsstrukturen in Übereinstimmung mit dem MLR zu organisieren, woraufhin zu Beginn des vergangenen Jahres der Minister gebeten habe, eine Grundlage für eine breitere Diskussion der Beratung zu schaffen. Der Umdruck 14/1429 sei nun ein Teilausfluß aus diesem Auftrag.

Über den Handlungsbedarf zur Erneuerung der landwirtschaftlichen Beratung habe es an keiner Stelle Zweifel gegeben; es habe gegolten, das inhaltliche Angebot der Beratung zu verbessern und gleichzeitig die Kosten für die Beratung in den Griff zu bekommen.

Insbesondere für folgende drei Beratungsbereiche seien Arbeitsgruppen eingesetzt worden.

1. Für die Unternehmensberatung (das Ergebnis dieser Arbeitsgruppe liege mit dem Umdruck 14/1429 vor);
2. Für die sozioökonomische Beratung;
3. Für das Versuchswesen.

Von beiden letzteren Arbeitsgruppen würden ebenfalls noch Arbeitsergebnisse erwartet.

Der Präsident der Landwirtschaftskammer, Carsten Mumm, betont, daß sich das mit Umdruck 14/1429 verteilte sogenannte "Roeloffs-Papier" in weiten Teilen mit den Beschlüssen der Kammer decke. Es habe über die Neuordnung der Beratung einen breiten Konsens aller Beteiligten gegeben, vorbehaltlich selbstverständlich der finanziellen und personalrechtlichen Konsequenzen sowie vorbehaltlich der Realisierungsmöglichkeiten beziehungsweise der Erfolgsaussichten einer zu gründenden Beratungsgesellschaft. Die Beschlußlage der Kammer sei im Grunde dahingegangen, aus den Abteilungen heraus die einzelbetriebliche Beratung durch die Fachspezialisten durchführen zu lassen.

Im Mittelpunkt der sich anschließenden Diskussion stehen Fragen der öffentlichen Förderung bei gleichzeitiger Zulassung von verstärktem Wettbewerb auf dem Markt bis hin zu privaten Beratungsunternehmen. Auch die Vermeidung von Überlappungen in der Beratungstätigkeit wird hinterfragt. Gleichzeitig wird die Forderung angesprochen, daß die sachlich-fachliche Beratung eine firmenunabhängige Beratung bleiben müsse, und daß sie im Rahmen der allgemeinen Sozialpflichtigkeit durchgeführt werden müsse.

Von den Vertretern der Kammer wird die Problematik der flächendeckenden Beratungspräsenz vor Ort angesprochen für den Fall, daß es zu einer Trennung von Schule und Beratung kommt. Offen sei in diesem Zusammenhang auch noch die Frage, wie die Beratung finanziert werden könne, wenn diese Trennung Wirklichkeit werden sollte.

Abg. Dr. Happach-Kasan verweist im Verlaufe der Diskussion auf die von ihrer Fraktion vorgelegten Vorschläge zur Auflösung der Überlappungsbereiche der Beratung und betont, daß damit erhebliche finanzielle Einsparungen einhergehen könnten. Sie führt aus, daß sie nicht sehr viel dafür übrig habe, den Wettbewerb mit öffentlichen Mitteln zu unterstützen, und dies um so mehr, als nicht zuletzt auch aus dem beim Ausschußvorsitzenden eingegangenen Schreiben einer privaten Unternehmensfirma (siehe Anlage 2) hervorgehe, daß auch private Beratungsanbieter im Wettbewerb stünden. Sie glaube durchaus, daß sich diejenigen, die Beratung benötigten, stets die geeignetsten Unternehmen herauszusuchen in der Lage seien.

Kammerpräsident Carsten Mumm erinnert an die unter Nummer 3 des Umdrucks 14/1484 der Kammer zugedachten zentralen Aufgabe im Beratungswesen und betont, daß diese Aufgabe von der Kammer als öffentlich-rechtliches System durchaus zu bewältigen sei. Wenn dieses öffentlich-rechtliche System aber umgebaut und kommerzialisiert werden sollte, benötige man dafür natürlich eine gewisse Zeitvorgabe, um eine entsprechende Anpassung im Personalbereich zu gewährleisten, ohne das es zu sozialen Härten kommt.

Der Vorsitzende schließt die Diskussion mit der Empfehlung, den Umdruck 14/1429 zunächst zur Kenntnis zu nehmen und bei Bedarf sich erneut über den Fortgang der Umstrukturierung des Beratungswesen unterrichten zu lassen.

Beschluß: Der Umdruck 14/1329 wird einstimmig zur Kenntnis genommen.



Punkt 3 der Tagesordnung:

### **Information/Kenntnisnahme**

Folgende Eingaben und Umdrucke werden zur Kenntnis genommen.

1. "Rinderreport «97" - Betriebswirtschaftliche Mitteilungen der Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein Nr. 511 vom Oktober 1997;
2. Organisation der Ämter für ländliche Räume, Vorlage des Ministers für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus des Landes Schleswig-Holstein vom 04.12.1997, Umdruck 14/1443
3. Situation des Küstenschutzes in Dithmarschen und Nordfriesland - Beschluß der gemeinsamen Küstenkonferenz Dithmarschen und Nordfriesland vom 21.11.1997, Umdruck 14/1527
4. a) "Gemeinsam für zukunftsverträgliches Wachstum" - Einladung zur Fachtagung Pflanzenbau in Schleswig-Holstein für Berater und Landwirte  
b) Dupsy 3.0, EDV-Programm zur bedarfsgerechten Düngung (Angebot von BASF)
5. Aktuelle Information aus dem Agrarbereich 1/1998 von BASF.

Die Unterlagen sind bei den Akten der 28. Sitzung einzusehen.

Unter Punkt 4 der Tagesordnung, **Verschiedenes**, werden letzte Absprachen für die grüne Woche getroffen.

Der Vorsitzende, Abg. Hopp, schließt die Sitzung um 12:30 Uhr.

gez. Claus Hopp  
Vorsitzender

gez. Dr. Ursula Haaß  
Geschäfts- und Protokollführerin